

Für die Energiewende

Markus Stadler, Ständerat

Die Energiewende soll unsere Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energieträgern (wie Kohle, Erdöl, Benzin, Gas, Uran) wesentlich verkleinern und die Energieeffizienz stark erhöhen. Die Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ will die nicht erneuerbaren Energieträger besteuern und im Gegenzug die heutige Mehrwertsteuer (MwSt) abschaffen. Der Initiativtext sagt ausdrücklich, dass der Steuerertrag des Bundes gleich hoch ausfallen müsse wie heute durch die Mehrwertsteuer. Wenn wir diese Energiewende einmal geschafft haben werden, ist es unserem Land unbenommen, unser Steuersystem wieder den neuen, dannzumaligen Verhältnissen anzupassen. In der bevorstehenden Unternehmenssteuerreform III sind Elemente enthalten (wie die beabsichtigte Lizenzboxe, also die steuerlich bevorteilte Behandlung von Lizenzerträgen), die auch nicht für immer Bestand haben, sondern im europäischen Konzert möglicherweise nur etwa 10 Jahre Gültigkeit haben werden.

Die nicht erneuerbaren Energieträger schädigen effektiv oder potentiell beim Abbau und beim Verbrauch unsere Umwelt. Der Sinn der Initiative ist es also, dass von diesen Energieträgern künftig weit weniger verbraucht wird. Allerdings würde der Strom dadurch nicht generell teurer, denn die erneuerbaren Energieträger (wie Wasser, Wind, Sonne, Boden, Holz) würden nicht besteuert. Gerade wir Urner sind mit erneuerbaren Energieträgern sehr gut ausgestattet, würden also profitieren.

Die Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ würde wichtige Teile der Industrie und des Gewerbes stark beleben und Investitionen in Richtung der Energiewende auslösen. Dass das den Vertretern der Atom-, Erdöl-, Benzin- und Kohlebranche weniger gefällt, leuchtet ein.

Inwiefern Autofahren wegen dieser Initiative künftig teurer würde als heute hängt von verschiedenem ab: etwa vom Wechselkurs, vom Anschaffungspreis, vom Energieträger der eingesetzt wird und vom Energieverbrauch pro 100 km. Der Bundesrat liegt bei seinen Angaben zur Höhe des Benzinpreises und zum Zeitpunkt dieser Benzinpreishöhe infolge der Initiative falsch und hat seine ersten Darlegungen mittlerweile bereits korrigieren müssen. Es ist eher davon auszugehen, dass der Benzinpreis beim Inkrafttreten der Volksinitiative um etwa 1.30 Franken ansteigen würde und dass die Steuerhöhe von 3 Franken pro Liter erst etwa im Jahr 2050 Realität werden könnte. Doch in der Zwischenzeit würden sich Wirtschaft und Konsumenten wesentlich anzupassen wissen – geleitet über das Portemonnaie, nicht über Vorschriften, Verbote und Subventionen.

Durch die Initiative fiel die heutige Mehrwertsteuer auf unzähligen Produkten des Alltags weg: unter anderem beim Fleisch, Handy, Kühlschrank, Auto und bei der Motorsäge. Das Gastgewerbe könnte seine Dienste billiger anbieten. Die zahlreichen grossen und kleinen Unternehmungen müssten keine MwSt mehr entrichten, hätten weniger administrative Umtriebe. Wenn man also schreibt, die Energiesteuer würde die (eine) Wirtschaft belasten, dann muss man auch erkennen, dass die wegfallende MwSt die (andere) Wirtschaft entlasten würde.

Die Schweiz importiert jährlich für 13 Mrd. Franken Energie aus dem Ausland, grossmehrheitlich nicht erneuerbare Energieträger. Nur schon mit Teilen dieses Geldes könnte in der Schweiz viel Kreativität entwickelt, würden zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Energiemarkt hat sich seit einigen Jahren stark verändert. Die Wasserkraft ist stark unter Druck geraten. Im Bundeshaus macht man sich ernsthafte Gedanken, das Maximum des Wasserzinses zu senken. Der Wasserzins spielt aber für den Urner Kantonshaushalt eine besonders grosse Rolle und ist auch für die Korporation Uri von Bedeutung. Die vorliegende Volksinitiative demgegenüber würde die Wasserkraft und die anderen erneuerbaren Energieträger relativ besser stellen und Spielraum für weitere Erhöhungen des Wasserzinses schaffen.

Die MwSt bezahlen heute jene Unternehmungen und Personen, die einen Mehrwert schaffen und konsumieren. Die Energiesteuer demgegenüber würden jene bezahlen, die nicht erneuerbare Energieträger verbrauchen. Die Folge davon wäre ein echter Fortschritt für die Gesundheit von Mensch und Natur. Mit einem Ja am 8. März sprechen wir uns für die Energiewende aus.

6.2.2015